

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,

liebe Bürger!

Die zurückliegende Plenarwoche begann mit einem in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie dagewesenen Vorgang: Der Bundeskanzler befiehlt den Ministern Habeck und Lindner, wie es im wochenlang Ampel-Streit um den weiteren Betrieb der noch drei aktiven Kernkraftwerke weitergehen zu gehen hat – und das schriftlich unter klaren Hinweis auf das Grundgesetz und seine dort verankerte Richtlinienkompetenz. „Wer das in einer Koalition macht, der weiß, dass die Koalition zu Ende ist“, hat dazu der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering einmal gesagt. Nun zu Ende ist die Koalition nicht. Aber der Schritt von Scholz belegt: Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat sich nicht mehr so viel zu sagen und ist inhaltlich nach nicht einmal einem Jahr so gut wie am Ende.

Sie erweist sich als Schönwetterveranstaltung, die mit den Herausforderungen der aktuellen Krise als Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine überfordert scheint. Da helfen auch keine „Zeitenwende“ und kein „Doppel-Wumms“. Beides ist bislang ohne tatsächliche Folgen geblieben. Beides folgt dem gleichen Prinzip: viel Geld ins Fenster stellen, aber wenig tun.

Der Verteidigungshaushalt des nächsten Jahres ist trotz des Sondervermögens für eine deutlich verbesserte Ausrüstung der Bundeswehr als Reaktion auf den Überfall auf die Ukraine vom Versprechen des Kanzlers, künftig zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung aufzuwenden, weit entfernt. Der Kernhaushalt des Ressorts sinkt sogar.

Und den Doppel-Wumms von 200 Milliarden Euro hat die Koalition zwar am Freitag durch den Bundestag gebracht und dafür auch gleich noch eine weitere Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen.

Doch er ist eine Hülle ohne Inhalt. Es ist völlig unklar, wie die Summe berechnet wurde und was daraus bezahlt werden soll. Dafür gab es auch einen Rüffel vom Bundesrechnungshof. Der hält den Vorgang für verfassungs- und haushaltsrechtlich bedenklich. Eine Expertenkommission hat zwar einen Vorschlag für eine Gaspreisentlastung von Haushalten und Wirtschaft vorgelegt. Aber von der Ampel-Regierung kommt bislang – nichts. Dabei drängt die Zeit.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Brehm

## 300 Euro für Rentner – aber nicht für alle



Nachdem die Ampel sie zunächst ausgeschlossen hatte, sollen nun endlich auch Rentnerinnen und Rentner eine einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten. Das Geld soll im Dezember automatisch ausgezahlt werden.

Doch erneut schauen viele Rentnergruppen in die Röhre: Empfänger von Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz, Opfer von Kriegs- und Straftaten oder ehemalige politische Häftlinge der DDR, Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und von Leistungen der berufsständischen Versorgungswerke sowie von Renten aus Lebensversicherungen, privaten Berufsunfähigkeitsversicherungen und anderen privaten Verträgen gehen leer aus.

**Sebastian Brehm:** „Die willkürliche Ausgrenzung ganzer Rentengruppen ist ein neuerlicher Skandal im vermurksten Durcheinander der rot-grün-gelben

Energiepreisentlastungen. Besonders empörend ist der Umstand, dass die Opfer des SED-Unrechtsregimes, aber auch die Opfer von Krieg und Straftaten leer ausgehen sollen.“

## Ampel lässt Studierende weiter im Regen stehen



Die Ampel-Regierung hat Studierende und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher im Regen stehen lassen. Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt. Doch von dem Geld haben Studierende und Fachschüler noch immer nichts gesehen. CDU und CSU machen deshalb jetzt Druck. In einem [Antrag](#) fordert die Fraktion jetzt von der Bundesregierung, die Einmalzahlung unbürokratisch bis spätestens zum 15. November 2022 auszuzahlen.

**Sebastian Brehm:** „Schüler und Studierende können nicht länger warten. Die Ampel muss jetzt endlich liefern. Je früher, desto besser.“

## Notfonds für Wissenschaft und Forschung nötig



Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen schlagen Alarm. Die aktuelle Energiepreiskrise stellt eine existenzielle Bedrohung unseres Wissenschaftssystems dar. Doch bei Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger, von der man auch sonst nicht viel hört, stoßen die Wissenschaftler auf taube Ohren. Die CDU/CSU-Fraktion will dieser Tatenlosigkeit nicht länger zuschauen.

Sie fordert in einem [Antrag](#) von der Regierung einen Notfonds für Wissenschaft und Forschung. Gemeinsam mit allen relevanten Akteuren der deutschen Wissenschaftslandschaft müssen dazu zügig eine umfassende Bedarfsanalyse zur Sicherung der Wissenschaftsinfrastruktur und gemeinsam mit den Ländern ein Entlastungspaket Wissenschaft vorgelegt werden, um drohenden Schaden von den Wissenschaftsinstitutionen abzuwehren.



**Sebastian Brehm:** „Die Lage spitzt sich immer mehr zu. Es drohen Schäden mit irreparablen Folgen. Wer Wissenschaft und Forschung in Krisenzeiten den Stecker zieht, hat eine düstere

Zukunft vor sich. Die aktuelle Tatenlosigkeit der Bundesforschungsministerin ist daher inakzeptabel.“

## Jubiläum bei Ceta - zum zehnten Mal vertagt



Unrühmliches Jubiläum im Bundestag: Die Ampel-Fraktionen verhinderten im Wirtschaftsausschuss mit ihrer Mehrheit zum zehnten Mal die Behandlung eines Gesetzentwurfs der CDU/CSU-Fraktion zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA mit Kanada. Rot-Grün-Gelb selbst hat bislang kein eigenes Ratifizierungsgesetz zu CETA vorgelegt.

**Sebastian Brehm:** „Bundeskanzler Scholz redet davon, die Wirtschaftsbeziehungen zu den demokratischen Staaten zu intensivieren. Und bei einer von der Ampel einberufenen Anhörung plädierten die Sachverständigen für eine rasche Ratifizierung des CETA-Abkommens. Die Ampel aber verzögert weiter, weil sie auch in dieser Frage zerstritten ist. CETA braucht keine Lippenbekenntnisse, sondern klare Entscheidungen. Deutschland ist Exportland, der regelbasierte Freihandel ist daher elementar für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land.“

## Unterstützung für den Mittelstand



Der dramatische Energiepreisanstieg bringt immer mehr Menschen in unserer Stadt, aber auch viele Betriebe in immer größere Bedrängnis. Wie sehr unser Mittelstand zu kämpfen hat, habe ich mir bei einem Wahlkreis-Besuch in der Metzgerei Wolf im Nürnberger Norden aus erster Hand schildern lassen. Bei vielen kleinen und mittleren Betrieben und Geschäften geht es bereits an die Substanz. Ohne schnelle Hilfe werden viele von Ihnen die aktuelle Preiskrise nicht überleben.

Deshalb unterstütze ich die Aktion des Deutschen Fleischer-Verbandes „Ohne Unterstützung geht bei uns das Licht aus“. Ich werde mich in Berlin nachdrücklich dafür einsetzen, dass bei den dringend notwendigen Entlastungen endlich aufs Tempo gedrückt wird. Wir brauchen keinen Gaspreisdeckel am Ende der Heizperiode, sondern jetzt.

## 25 Jahre Mathildenhäus



Das Mathildenhäus des evangelischen Gemeindevereins Nürnberg-Mögeldorf feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Für mich ist dies ein besonderer Anlass, um Danke zu sagen für die umfassende Pflege und Betreuung von Seniorinnen und Senioren, die hier in Würde ihren Lebensabend verbringen können. Auch die wertvolle Arbeit im Hospizbereich kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Mit ihrem täglichen persönlichen Einsatz ermöglichen die Betreuerinnen und Betreuer, die viel Liebe und Empathie aufbringen, Sterbenden, aber auch ihren Angehörigen einen angemessenen Abschied in Würde und Geborgenheit. Danke an Günter Beucker, sein Team sowie alle Unterstützerinnen und Unterstützer des sozialen Netzes im Nürnberger Osten für den engagierten Einsatz!

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



**Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.**